

Die Woche im Bundestag



CDU/CSU Fraktion im
Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Profil schärfen, vernünftig für Deutschland arbeiten

Die Parteien in der Großen Koalition schärfen in diesen Tagen ihre Profile. Das ist in Ordnung und auch ihre Aufgabe. Parteien sollen die langfristige Ausrichtung formulieren. Das hat die Union gemacht mit ihren Beschlüssen zur vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Auch das Werkstattgespräch der CDU zur Migrationspolitik unter Beteiligung wichtiger CSU-Politiker diene diesem Zweck.

Die SPD richtet sich mit ihrem Sozialstaatspapier nach links aus. Wir nehmen diese Planspiele zur Kenntnis. In der Sache



bleiben wir dabei: Wir kümmern uns darum, dass die Menschen möglichst Arbeit haben und im Fall von Arbeitslosigkeit schnell wieder Arbeit finden. Damit liegen wir

richtig: 90 % der Bezieher von Arbeitslosengeld I beziehen dies weniger als ein Jahr. Wir wollen nicht den Sozialstaat umbauen, sondern Rahmenbedingungen für eine gute Wirtschaft setzen.

Die Arbeitsatmosphäre in der Großen Koalition ist gut. Es gibt einen Koalitionsvertrag, zu dem wir stehen und den wir erfüllen wollen. Wir wollen mehr Sicherheit, eine bessere Infrastruktur, bessere Bedingungen für Familien und Kinder, klugen Umweltschutz. Bei allen Vorhaben ist uns vor allem eine solide Haushaltspolitik weiterhin wichtig. Damit haben wir alle Hände voll zu tun.

Künstliche Intelligenz

**Wir sorgen dafür,
dass Deutschland
bei Künstlicher
Intelligenz ganz
vorne mitspielt!**

Im Rahmen der neuen Strategie der Bundesregierung zur Förderung der künstlichen Intelligenz in Deutschland sollen zur Sicherung des Wettbewerbsstandorts bis

2025 Mittel in Höhe von 3 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt werden. Dadurch soll eine Hebelwirkung vor allem in Wirtschaft, Wissenschaft und in den Ländern ausgelöst werden. Deutschland wird zu einem führenden Standort in der künstlichen Intelligenz ausgebaut - beispielsweise durch 100 neue KI-Professuren und durch ein Deutsch-Französisches Forschungs- und Innovationsnetzwerk.

In erster Linie gilt es, Anreize für das freiwillige Teilen von Daten zu setzen und die Interoperabilität von Datenformaten in Europa voranzutreiben. Ein staatlich verordneter Zwang zum Offenlegen von Daten, wie es die SPD vorschlägt, kann hingegen zum Bumerang werden. Denn dann müssten auch unsere erfolgreichen Mittelständler ihre Maschinendaten mit chinesischen und amerikanischen Plattformen teilen. Über Jahrzehnte angehäuften Spezialwissen würde damit internationalen Konkurrenten zugänglich. Das kann nicht unser Ziel sein. Gerade unsere kleinen- und mittelständischen Unternehmen müssen in Zukunft die Profiteure von mehr Datenzugang sein und nicht die Geschädigten.

Kinder besser vor Missbrauch schützen

Für die Unions-Bundestagsfraktion gehört der Kampf gegen sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen zu den wichtigsten politischen Aufgaben. Mit einem großen Maßnahmenpaket der Rechts- und Familienpolitiker nehmen wir deshalb den Kampf für einen wirksameren Schutz von Kindern und Jugendlichen gegen sexuellen Missbrauch auf.

In dem 26 Punkte umfassenden Positionspapier wird herausgearbeitet, wie künftig Hilfesysteme für die Betroffenen ausgebaut, die Ermittlungstätigkeiten gestärkt, konsequente Strafverfolgung ermöglicht und Präventionsangebote gestärkt und ausgebaut werden sollen.



Jedes Jahr erleiden zehntausende Kinder und Jugendliche sexuelle Gewalt – sei es in der eigenen Familie, im sozialen Umfeld, in Bildungseinrichtungen oder bei der Nutzung digitaler Medien. Die polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2017 spricht von 13.500 angezeigten Fällen. Die Dunkelziffer dürfte noch um ein Vielfaches höher sein. Wissenschaftlich nachgewiesene Zusammenhänge zwischen den belastenden Erlebnissen und einer Vielzahl an psychischen und körperlichen Auffälligkeiten machen deutlich, dass das gesamte Leben der betroffenen Kinder und Jugendlichen durch die Missbrauchserfahrungen geprägt bleibt.

Härtere Strafen

Auch wenn bereits in der vergangenen Legislaturperiode mit einer Verschärfung des Sexualstrafrechts eine erste wichtige Verbesserung im Kinderschutz erreicht worden ist, bedarf es einer noch weit umfassenderen Agenda, um wirksam gegen Kindesmissbrauch vorzugehen. Und diese Agen-

da sieht etwa eine Strafverschärfung für den Besitz von Kinderpornographie ebenso vor wie die Verschärfung des Tatbestandes des sexuellen Missbrauchs von Schutzbefohlenen. Geplant ist außerdem die Schaffung eines neuen Tatbestandes, der das Betreiben von Handelsplattformen etwa zur Vermittlung kinderpornografischen Materials im sogenannten Darknet unter Strafe stellt. Und schon der Versuch des sogenannten Cybergroomings – die Kontaktaufnahme pädokrimineller Täter mit Kindern im Internet – soll künftig strafbar sein.

Mehr Befugnisse für Ermittler

Aber auch den Ermittlern sollen mehr Möglichkeiten an die Hand gegeben werden, um der Täter habhaft zu werden. So sollen etwa die Telekommunikationsunternehmen verpflichtet werden können, Verbindungsdaten länger zu speichern. Die vor allem mit dem Ziel, in erster Linie die Anbieter von kinderpornographischem Material überwachen zu können. Bei allen datenschutzrechtlichen Einwänden besteht dabei kaum die Gefahr, dass unbeteiligte Bürger ins Visier geraten. Eine weitere Forderung ist darauf gerichtet, eine gesetzliche Meldepflicht für Internet Service Provider einzuführen bei Verdachtsfälle von Kinderpornographie – wie es in den USA längst gang und gäbe ist.

Hilfe und Prävention

Wir wollen aber auch die Hilfesysteme für Betroffene stärker ausbauen. Ein Ansatz sind hier die spezialisierten Fachberatungsstellen gegen sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend, die es jetzt auch als „mobile Fachberatungsstellen“ geben soll. Hierfür haben wir bereits im Bundeshaushalt Mittel erkämpft. In bisher nicht versorgten ländlichen Regionen werden mobile Teams aufgebaut, um Betroffene und ihre Familien künftig vor Ort beraten und unterstützen zu können. Im Hinblick auf Prävention sollen u. a. Schutzkonzepte gegen sexuellen Kindesmissbrauch in allen Einrichtungen, die mit Kindern arbeiten, etabliert werden. Ehrenamtliche Vormünder sollen künftig ein erweitertes Führungszeugnis vorlegen müssen. Außerdem möchte sich die Union dafür einsetzen, dass bei einem Erfolg des zurzeit als Modell laufenden Präventionsprogramms „Kein Täter werden“, eine Teilnahme als Kassenleitung anerkannt wird.

Gute Chancen, sich mit dem Koalitionspartner zu einigen

Jetzt wollen wir uns zügig mit der SPD über Verbesserungen einigen. Bei diesem Thema herrschte schon bei den Koalitionsverhandlungen große Übereinstimmung. Jetzt wollen wir unser Papier schnellstmöglich umsetzen.

Europäischer Tag des Notrufs



Nicht nur am europäischen Tag des Notrufs geht es um mehr Respekt für unsere Rettungskräfte. Es ist besorgniserregend, wie vor allem bei Verkehrsunfällen Rettungskräfte von Schaulustigen behindert oder beleidigt werden.

Auf Initiative der Union

wurde deshalb im Jahr 2017 die Strafvorschriften zum Schutz von Polizeibeamten und Rettungskräften verschärft. So wurde ein neuer Straftatbestand des „Tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte“ geschaffen. In Paragraph 114 Strafgesetzbuch sind nun Freiheitsstrafen zwischen drei Monaten und fünf Jahren vorgesehen.

Die Woche im Parlament

Zweites Gesetz zur Änderung des Transplantationsgesetzes – Verbesserung der Zusammenarbeit und der Strukturen bei der Organspende. Wir beschlossen in 2./3. Lesung ein Gesetz, um die Anzahl der freiwilligen Organspenden durch gezielte strukturelle Maßnahmen in den Krankenhäusern zu verbessern. Das Gesetz sieht u.a. bundeseinheitliche Freistellungsregelungen für Transplantationsbeauftragte in Kliniken und neue Vergütungsregelungen für Entnahmekrankenhäuser vor, um die strukturellen und finanziellen Voraussetzungen dort zu verbessern. Der Gesetzentwurf sieht auch die Einrichtung eines neurochirurgischen und neurologischen konsiliarärztlichen Rufbereitschaftsdienstes und die Einrichtung einer Qualitätssicherung in den Entnahmekrankenhäusern vor. Außerdem werden neue Regelungen, die zu einer Verbesserung des Austauschs von anonymisierten Schreiben zwischen dem Organempfänger und den nächsten Angehörigen des Organspenders führen werden, verabschiedet.

Gesetz zur Verbesserung der Information über einen Schwangerschaftsabbruch. Nach dem Beschluss im Kabinett letzte Woche haben wir in 1. Lesung einen Gesetzentwurf mit dem Ziel beraten, die Information von Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch in Erwägung ziehen, zu verbessern. Zugleich soll Rechtssicherheit insbesondere für Ärzte und Krankenhäuser geschaffen werden. Besonders hervorzuheben ist, dass das Verbot der Werbung für den Schwangerschaftsabbruch bestehen bleibt, um den Schutz ungeborenen Lebens zu gewährleisten.

Dritter Bericht der Bundesregierung über die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland und Wohngeld- und Mietenbericht 2016. Im Berichtszeitraum 2014-16 hat sich die angespannte Lage auf den Wohnungsmärkten in einer

Reihe von Städten und Regionen verschärft. Vor allem in den größten deutschen Städten und vielen Universitätsstädten sind aufgrund regen Zuzugs Wohnungsmarkteingänge mit steigenden Mieten und Preisen zu verzeichnen. Bundesweit stiegen die Angebotsmieten aus Wohnungsinseraten von 2014 bis 2016 spürbar um insgesamt 8,3%. Im Jahr 2015 entlastete die öffentliche Hand mit Wohngeld und der Übernahme der Kosten der Unterkunft und Heizung rund 4,2 Mio. Haushalte mit 16,8 Mrd. Euro wirkungsvoll bei den Wohnkosten. Damit profitierten 11% aller Haushalte von einer vollständigen oder teilweisen Entlastung bei den Wohnkosten. Nicht zuletzt in Folge des hohen Engagements der Wohnungspolitik hat der Markt in den letzten Jahren auch auf die hohe Nachfrage nach Wohnraum mit einer deutlich gestiegenen Neubauaktivität reagiert. Die Bundesregierung hat ihrerseits eine Vielzahl von Maßnahmen eingeleitet, um den Wohnungsbau zu intensivieren oder die Bezahlbarkeit des Wohnens zu sichern. Einige Maßnahmen sind bereits umgesetzt wie etwa das Baukindergeld.

Daten und Fakten

Deutsche Exporte im Jahr 2018 auf Rekordniveau. Deutsch-



land hat im vergangenen Jahr Waren im Wert von 1.317,9 Mrd. Euro exportiert und Waren im Wert von 1.090 Mrd. Euro importiert. Die deutschen Exporte

im Jahr 2018 übertrafen die Vorjahresexporte somit um 3%, die Importe stiegen um 5,7%. Exporte und Importe übertrafen 2018 die bisherigen Höchstwerte aus dem Jahr 2017. In die Mitgliedstaaten der EU wurden 2018 Waren im Wert von 778,7 Mrd. Euro exportiert und Waren im Wert von 623,0 Mrd. Euro von dort importiert. In Ländern außerhalb der EU wurden 2018 Waren im Wert von 539,2 Mrd. Euro exportiert und Waren im Wert von 467,0 Mrd. Euro aus diesen Ländern importiert.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

CDU CSU Fraktion im Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:

Dr. Mathias Middelberg MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 – 227 79498
Fax: 030 – 227 70139

Email: stefan.krueppel@cducsu.de
Internet: www.lg-nds.de

Bildnachweis:

Foto Header: Tobias Koch

Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.